Zukunft
Soziale Marktwirtschaft

BertelsmannStiftung

Policy Brief # 2013/02

Green and Fair Economy - ganzheitliches Konzept für nachhaltiges Wirtschaften

Rein ökonomische Lösungsansätze führen – zumindest mittel- bis langfristig – nicht zum optimalen Erfolg. Nachhaltiges Wirtschaften erfordert vielmehr eine gleichberechtigte Berücksichtigung der ökologischen und sozialen Dimension. Das Konzept der *Green Economy* – oder besser gesagt der *Green and Fair Economy* – ist grundsätzlich geeignet, eine Wirtschafts- und Finanzkrise, wie wir sie in den letzten fünf Jahren erlebt haben, wenn schon nicht zu vermeiden, so doch wenigstens in ihren negativen Auswirkungen abzumildern. Wichtig dabei ist eine möglichst integrierte Ausgestaltung des Konzeptes auf politischer, wirtschaftlicher und individueller Ebene.

Céline Diebold

Armando Garcia Schmidt

Dr. Thieß Petersen

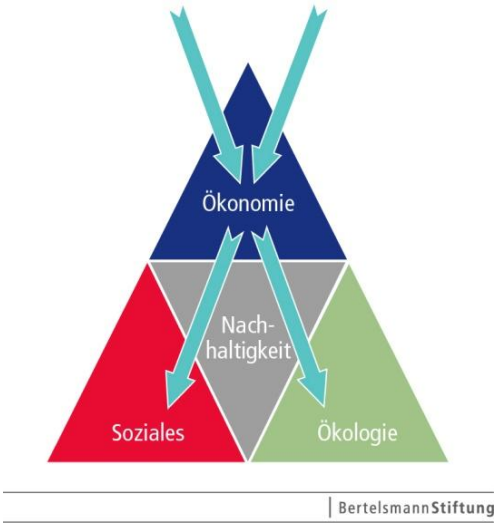
Birgit Riess

Dr. Daniel Schraad-Tischler

Henrik Riedel
Programm „Nachhaltig Wirtschaften"

Telefon:
+49 5241 81-81266
E-Mail:
henrik.riedel@bertelsmann-stiftung.de

Fokus



Bei der *Green and Fair Economy* handelt es sich um ein ganzheitliches Konzept für nachhaltiges Wirtschaften. Ganzheitlich bedeutet, dass die soziale und die ökologische Dimension der wirtschaftlichen Entwicklung stets – in gleichberechtigter Weise – mit zu berücksichtigen sind. Wirtschaftliches Wachstum ist insofern (nur) dann möglich und sinnvoll, wenn es mittel- und langfristig als sozial und ökologisch verträglich bezeichnet werden kann.

1. Globale Herausforderungen

Nach unserem Verständnis wirtschaftet eine Gesellschaft nachhaltig, wenn sie ihre Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung so ausgestaltet, „dass sie die langfristige Stabilität und Leistungsfähigkeit der ökologischen, politisch-sozialen und ökonomischen Systeme sicherstellt“ (Petersen 2012, S. 2). In den letzten Jahrzehnten fiel es den Volkswirtschaften weltweit immer schwerer, diese Zielsetzung zu erreichen: wachsende Staatsschulden, platzende Spekulationsblasen mit starken Wirtschaftseinbrüchen, die fortschreitende globale Erwärmung und eine zunehmende Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen sind kein Indiz für ein nachhaltiges Wirtschaften. Angesichts einer prognostizierten Zunahme der Weltbevölkerung von derzeit rund sieben Milliarden auf weit über neun Milliarden im Jahr 2050 wird ein nachhaltiges Wirtschaften zukünftig noch schwieriger zu realisieren sein, denn wenn eine wachsende Weltbevölkerung die natürlichen Ressourcen der Erde so wie in der Vergangenheit verbraucht, kommt es schon bald zu einer globalen Übernutzung dieser Ressourcen, die letztendlich die menschlichen Lebensgrundlagen zerstört. Gleichwohl kann eine wachsende Weltbevölkerung kaum auf Wirtschaftswachstum verzichten, weil ansonsten die Versorgung der Menschen mit lebensnotwendigen Konsumgütern nicht sicherzustellen ist. Und selbst entwickelte Industrienationen wie Deutschland benötigen Wachstum, um über einen hohen Beschäftigungsgrad die sozialen Sicherungssysteme und die öffentlichen Finanzen zu stabilisieren und Verteilungskonflikte zu reduzieren.

Soziale und politische Stabilität sind also gegenwärtig ohne eine steigende Wirtschaftsleistung – insbesondere in den Entwicklungs- und Schwellenländern, aber auch in den Industriestaaten – schwer vorstellbar. Nachhaltig wird wirtschaftliches Wachstum jedoch nur dann sein, wenn soziale und ökologische Aspekte von allen relevanten Akteuren in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft durchgängig, d. h. in Planungs-, Aushandlungs- und Umsetzungsprozessen, berücksichtigt werden. Entscheidend wird es dabei sein, für die Lösung von Zielkonflikten zwischen Staaten, Generationen oder auch Vertretern einzelner Nachhaltigkeitsdimensionen einen Grundkonsens zu zentralen politischen Fragen zu finden (z. B. durch die partizipative Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie) und geeignete Governance-Mechanismen zu etablieren (z. B. durch regelmäßige Nachhaltigkeitsprüfungen im Rahmen von regionalen, nationalen oder supranationalen Regulierungsverfahren). Letztlich besteht die gemeinsame Herausforderung darin, in Deutschland und anderen Ländern ein hohes Niveau wirtschaftlicher Aktivitäten mit einem hohen Beschäftigungsgrad aufrecht zu erhalten oder zu erreichen, ohne die natürlichen Ressourcen dabei so stark zu beanspruchen, dass nachfolgenden Generationen ein geplünderter Planet vererbt wird. Gefordert sind also ganzheitliche Ansätze, die wirtschaftliche Stabilität nicht auf Kosten der sozialen oder ökologischen Nachhaltigkeit anstreben.

Spätestens seit Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise in den Jahren 2007/2008 ist das Konzept der *Green Economy* in aller Munde. Es ist Ausdruck einer tief empfundenen Unzufriedenheit über die bisherige Art zu wirtschaften und Wachstum zu generieren. Ein „Weiter so“ kann es nach Ansicht vieler nicht mehr geben; an die Stelle kurzfristigen Profitdenkens soll ein nachhaltiges ökonomisches Denken und Handeln treten. Das Konzept der *Green Economy* ist ein Ansatz, der den Weg zu

einer nachhaltigen Entwicklung der Wirtschaft, aber auch von Staat und Gesellschaft weiter ebnet und daher nicht zuletzt den Beschlüssen der Konferenz der Vereinten Nationen zu Umwelt und Entwicklung vom 3. bis 14. Juni 1992 in Rio neue Relevanz und Dynamik verleiht.

Insofern ist es auch nicht verwunderlich, dass in dem Bericht der Vereinten Nationen zur Rio+20-Konferenz vom 20. bis 22. Juni 2012 ein eigenes Kapitel zur *Green Economy* enthalten ist. Konkret heißt es dort, „[...] we consider green economy in the context of sustainable development and poverty eradication as one of the important tools available for achieving sustainable development“ (UN 2012, S. 10). *Green Economy* wird also als ein wichtiges „Instrument“ betrachtet, um eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen und Armut zu bekämpfen, ohne dabei ein funktionierendes Ökosystem zu zerstören.

Vor und nach der Rio+20-Konferenz ist es zu einer wahren Flut an Aktivitäten rund um das Thema *Green Economy* gekommen. Das Spektrum reicht von der Entwicklung „grüner“ Produkte und Dienstleistungen, über die Verabschiedung lokaler, regionaler, nationaler und supranationaler Strategien (z. B. Europa 2020 der Europäischen Kommission) bis hin zur Diskussion gemeinsamer Ziele und Indikatoren (z. B. New Economic Paradigm Initiative der Vereinten Nationen; Sustainable Development Goals (SDGs)).

Bevor jedoch konkrete Handlungsoptionen auf politischer, wirtschaftlicher und individueller Ebene näher betrachtet werden, wollen wir zunächst den Versuch unternehmen, den Begriff *Green Economy* neu – und zwar möglichst ganzheitlich – zu definieren.

2. Green and Fair Economy – der bessere Begriff

Green Economy ist ein „schillernder“ Begriff. Je nachdem, aus welcher Perspektive man ihn betrachtet, werden andere Schattierungen sichtbar (vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung 2012): So betonen der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) die Bedeutung wirtschaftlichen Wachstums, wohingegen der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), aber auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) die Schaffung neuer Arbeitsplätze hervorheben. Die Verbraucherzentrale NRW weist darauf hin, dass unter „grünem“ Wirtschaften, nicht nur „grünes“ Produzieren, sondern auch „grünes“ Konsumieren zu verstehen ist. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) benennt insbesondere auf die Umwelt bezogene Zwischenziele auf dem Weg zu einer *Green Economy* (z. B. die Vermeidung schädlicher Emissionen und Schadstoffeinträge). Trotz der unterschiedlichen, begrifflichen Schattierungen gibt es doch einen gemeinsamen Kern, der an den folgenden vier Punkten festgemacht werden kann:

a) *Green Economy* wird als eine Strategie zur Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung angesehen.
b) *Green Economy* stellt die Grundlage eines nachhaltigen wirtschaftlichen Wachstums („Green Growth“) dar.
c) *Green Economy* fokussiert sich auf die Wechselwirkungen zwischen der ökonomischen und der ökologischen Dimension, wobei die soziale Dimension nicht vernachlässigt, sondern als wesentliches Element angesehen wird.

d) *Green Economy* ist ein Konzept, das nicht nur für die Umweltbranche relevant ist, sondern Veränderungsanforderungen an alle Akteure der Wirtschaft und somit auch an das Verhalten jedes Einzelnen stellt.

Aus unserer Sicht ist der Begriff „Nachhaltigkeit“ immer zwingend aus den drei Teilaspekten „ökonomische Nachhaltigkeit“, „ökologische Nachhaltigkeit“ und „soziale Nachhaltigkeit“ zusammengesetzt, wobei die drei Teilaspekte nicht als isolierte Säulen, sondern als integriertes Ganzes zu verstehen sind. Daraus folgt, dass, wenn Nachhaltigkeit primär aus ökonomischer Perspektive betrachtet wird, immer auch – in gleichberechtigter Weise – die ökologische und die soziale Dimension mit zu berücksichtigen sind. Insofern sollte ein ganzheitliches Konzept für nachhaltiges Wirtschaften nicht nur mit *Green Economy*, sondern idealerweise mit *Green and Fair Economy* („Green“ für die ökologische und „Fair“ für die soziale Dimension) bezeichnet werden.

Um das Konzept einer *Green and Fair Economy* mit Leben zu füllen, sind diverse Handlungsebenen genauer zu betrachten. Diese Ebenen zeichnen sich durch vielfältige horizontale und vertikale Austauschbeziehungen aus, die an dieser Stelle nicht im Detail erörtert werden können. Grob bietet sich jedoch eine Unterscheidung in die drei Handlungsebenen „Politik“, „Wirtschaft“ und „Individuum“ an.

3. Politische Ebene

Auf politischer Ebene kommt dem konkreten Handeln von Regierungen zweifellos eine zentrale Rolle zu; denn auch in einer sich globalisierenden Welt sind es noch immer primär die Regierungen, die die wesentlichen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Wirtschaftsordnung setzen (können). Durch konkrete regulative Steuerungsleistungen sowie strategische Prioritätensetzungen in Schlüsselbereichen wie Bildung, Arbeit, Gesundheit, Familie, Rente, Umwelt oder Forschung und Entwicklung können Regierungen durchaus dafür Sorge tragen, dass zwischen dem Ausbau sozialer Teilhabechancen und der Schonung ökologischer Ressourcen einerseits und dem Ziel ökonomischer Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit anderseits kein Widerspruch, sondern vielmehr ein sich wechselseitig verstärkendes Verhältnis entsteht.

Um dies zu erreichen, ist es allerdings nötig, dass Regierungen langfristorientiert und kohärent handeln. (Nachhaltigkeits-) Strategien dürfen insofern nicht im Widerspruch zu internationalen oder supranationalen Vereinbarungen stehen, die ebenfalls auf eine nachhaltige Entwicklung und das Ziel einer *Green and Fair Economy* ausgerichtet sind. Aber auch nach innen kann Nachhaltigkeit nur gelingen, wenn zielgerichtet gehandelt wird. Entscheidend dafür sind das Vorhandensein einer übergeordneten Strategie, ein hohes Maß an politischem Gestaltungswillen sowie Strukturen und Prozesse, die die Umsetzung der Strategie erst ermöglichen. Ein möglichst hohes Maß an Partizipation ist bei der Neuausrichtung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft am Ziel einer *Green and Fair Economy* ebenfalls erforderlich.

Eine Nachhaltigkeitsstrategie ist von zentraler Bedeutung, um der Entwicklung hin zu einer neuen Wirtschaftsform Richtung und Schwung zu geben. Die gegenseitige Bedingtheit der ökonomischen, ökologischen und sozialen Dimension sowie des intergenerationellen Charakters von Nachhaltigkeit sollten Grundlage einer Strategie sein, die klare Zielvorstellungen

beinhaltet, die zugleich ambitioniert und erreichbar sind.

Eine Strategie alleine bleibt jedoch Papier, wenn keine Umsetzung stattfindet und die politische Dynamik nicht auch über Legislaturperioden hinweg erhalten bleibt. Idealerweise gibt es eine für die Umsetzung der Strategie verantwortliche Institution innerhalb des Regierungssystems, die mit koordinierenden Befugnissen sowie technischer und methodischer Kompetenz ausgestattet ist. Der Prozess selbst sollte durch angemessene finanzielle und personelle Ressourcen abgesichert sein. Darüber hinaus müssen die Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie in das politische System übertragen werden, so dass Koordination, Konvergenz und Kohärenz zu allen im Land bestehenden Rahmensetzungen (horizontal wie vertikal) erreicht wird. Prozesse, die nicht unmittelbarer Teil des Strategieprozesses sind, müssen ebenfalls an den Zielen der Nachhaltigkeitsstrategie orientiert sein. Dies sollte sich vor allem auch darin ausdrücken, dass die Nachhaltigkeitsziele im Rahmen des Haushaltsprozesses berücksichtigt werden.

Im nationalen Rahmen kommt es des Weiteren darauf an, „Nachhaltigkeitspolitik" nicht einfach zu beschließen und umzusetzen, sondern das nötige Vertrauen und eine breite Zustimmung betroffener, gesellschaftlicher Gruppen zu gewinnen. Proaktive Konsultationen mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Interessensvertretern sind dabei für eine langfristige Tragfähigkeit demokratisch getroffener Entscheidungen von zentraler Bedeutung. Schließlich sollten Regierungen bemüht sein, durch eine umfassende Kommunikationspolitik das Leitbild einer *Green and Fair Economy* im öffentlichen Diskurs zu verankern und auf diesem Wege Unternehmen und Verbraucher verstärkt für Nachhaltigkeitsziele und die sich daraus ergebenden Verhaltensweisen zu sensibilisieren. Denn erst wenn Unternehmen und Verbraucher die gesetzten Rahmenbedingungen auch verantwortungsvoll ausfüllen, besteht eine echte Chance, das Leitbild der *Green and Fair Economy* langfristig erfolgreich zu realisieren.

4. Wirtschaftliche Ebene

Die Wirtschaft nimmt eine Schlüsselrolle ein, wenn es darum geht, eine *Green und Fair Economy* zu erreichen. Dabei ist anzumerken, dass dieses Konzept als ein Element eingebettet ist in die bestehende Nachhaltigkeitsdiskussion. Galten Unternehmen lange als das Problem auf dem Weg zu einer nachhaltigen gesellschaftlichen Entwicklung, wird zunehmend erkannt, dass die Leistungsbeiträge von Unternehmen durch ressourceneffiziente Produkte und Produktionsverfahren, technologische und soziale Innovationen sowie sozialverantwortliches und mitarbeiterorientiertes Handeln Schlüsselressourcen auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit sind. Unternehmen werden in dem Maße Teil der Problemlösung, indem sie ökologische und soziale Aspekte in ihr Kerngeschäft integrieren und als Faktoren für ihre langfristige Wettbewerbsfähigkeit betrachten. Zielkonflikte mit einer allein an dem tradierten Wachstumsparadigma orientierten Unternehmensführung bleiben nicht aus, denn solange Umsatz und Gewinn allein als Maßstab des Erfolges bei Eigentümern, Investoren, Banken etc. gelten, ist ein Umsteuern mit hohen Risiken behaftet.

Bereits seit mehr als 10 Jahren wird die Debatte um die ökonomische, ökologische und soziale Verantwortung von Unternehmen geführt. Viele Unternehmen haben seither große Anstrengungen in diesem Bereich unternommen und dokumentieren dies entsprechend in ihren Nach-

haltigkeitsberichten. Als Maßstab für die Berichterstattung haben sich die Richtlinien einer zivilgesellschaftlichen Initiative, der Global Reporting Initiative (GRI), herausgebildet. In Deutschland berichten inzwischen 90 Prozent der DAX30-Unternehmen nach diesem Quasi-Standard. Dies ist bemerkenswert, weil sich in einer global vernetzten Wirtschaft neue Formen der Rahmensetzung unter Beteiligung von Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft herausbilden. Eine weitere privatwirtschaftliche Initiative bereitet derzeit ein Rahmenwerk für eine integrierte Berichterstattung vor, mit der perspektivisch die noch übliche Trennung von Finanzberichterstattung und Nachhaltigkeitsberichterstattung aufgehoben werden wird. Wenn dies gelingt, könnte ein Paradigmenwechsel hin zu einer *Green and Fair Economy* erreicht werden.

Spätestens mit der Wirtschafts- und Finanzkrise nimmt jedoch auch die Politik auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene Unternehmen stärker in die Pflicht, nachhaltig zu handeln. So betont die EU-Strategie „Europa 2020 – Strategie für Beschäftigung und intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ die besondere Verantwortung der Unternehmen. Auch die „Nationale CSR-Strategie“ der Bundesregierung geht in diese Richtung. Große Bedeutung hatte hier auf internationaler Ebene die Revision der OECD-Guidelines for Multinational Enterprises von 2011. Gemeinsam mit den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (2011) und den ILO-Kernarbeitsnormen bilden die OECD-Guidelines heute ein breit geteiltes Verständnis dessen ab, was in Sachen Nachhaltigkeit von Unternehmen erwartet wird.

Bemerkenswert ist, dass auch Unternehmen auf die veränderten Erwartungshaltungen und den drohenden Glaubwürdigkeitsverlust zunehmend mit kollektivem Handeln reagieren. Im Rahmen des Rio+20 Corporate Sustainability Forum wurde eine Reihe von Plattformen gelauncht, auf denen sich Unternehmen zu gemeinsamen Aktionen verpflichten („Green Industry Platform“, „Water Action Hub“, „Sustainable Energy for All“). All diese Initiativen können dazu beitragen, dass sich neue grüne Technologien und Innovationsansätze schneller und wirkungsvoller verbreiten.

5. Individuelle Ebene

Auf der individuellen Ebene ist der Einzelne als Konsument, als Mitarbeiter und als Bürger gefordert.

Im Verhältnis zwischen Staat, Unternehmen und Konsumenten ist dabei zunächst von einer gemeinsamen Verantwortung für die Realisierung der *Green and Fair Economy* auszugehen: „Konsumentscheidungen für nachhaltige Produkte und Dienstleistungen spielen eine überaus wichtige Rolle, müssen aber andererseits durch politische Rahmenbedingungen und beherztes unternehmerisches Handeln erst möglich gemacht werden“ (Omann, Ines/Bohunovsky, Lisa/Hinterberger, Friedrich et al. 2012, S. 19 – 20).

Mitarbeiter – insbesondere Führungskräfte – haben die Möglichkeit, sich für das nachhaltige Handeln „ihres“ Unternehmens aktiv zu einzusetzen (z. B. durch die Beteiligung an entsprechenden Leitbildentwicklungen, durch die Gewinnung von Partnern im zivilgesellschaftlichen Bereich oder durch eigenes soziales Engagement im Rahmen von Freiwilligen-Programmen).

Als Bürger kann der Einzelne eine *Green and Fair Economy* auf demokratischem Wege einfordern – und folgenden „Mechanismus“ in Gang setzen (vgl. Omann, Ines/Bohunovsky, Lisa/Hinterberger, Friedrich et al. 2012, S. 20 – 21): Bürger bzw. die Zivilgesellschaft fordern von der Politik nachhaltigere Strategien, Maßnahmen und Gesetze. Die Politik fordert ihrerseits von den Unternehmen nachhaltigere Produkte und Dienstleistungen bzw. eine entsprechende Arbeitsweise und fördert diese auch, sofern es erforderlich ist. Das Angebot nachhaltigerer Produkte und Dienstleistungen wiederum ermöglicht den Konsumenten eine nachhaltigere Befriedigung ihrer Bedürfnisse.

6. Fazit

Abschließend können und sollen Handlungsprinzipien einer *Green and Fair Economy* definiert werden. Die folgenden Prinzipien formulieren – kurz und bündig – die Leitlinien, an denen sich die Akteure auf den einzelnen Ebenen orientieren sollten, um die Entwicklung der Wirtschaft hin zu einer Green and Fair Economy wirksam zu unterstützen.

Prinzipien für die Politik:

- Nachhaltigkeitsstrategien ganzheitlich und partizipativ entwickeln!
- Nachhaltigkeitsstrategien konsequent in Politik-, Haushalts- und Regulierungsprozessen umsetzen!

Prinzipien für die Wirtschaft bzw. die Unternehmen:

- Ökologische und soziale Aspekte in das Kerngeschäft der Unternehmen integrieren!
- Finanz- und Nachhaltigkeitsberichterstattung zusammenführen!
- Nationale und internationale Richtlinien und Empfehlungen beachten!
- Kollektiv handeln und sich mit anderen Unternehmen zu gemeinsamen Aktionen verpflichten!

Prinzipien für die Individuen bzw. die Konsumenten, Mitarbeiter und Bürger:

- Konsumenten: Nachhaltige Produkte und Dienstleistungen nachfragen!
- Mitarbeiter: Nachhaltiges Handeln der Unternehmen aktiv fordern und fördern!
- Bürger: Nachhaltige Strategien, Maßnahmen und Gesetze von Politik, Staat und Verwaltung verlangen!

Nur, wenn diese Prinzipien immer wieder von allen Akteuren beherzigt werden und sowohl ein Umdenken, als auch -handeln auf allen Ebenen stattfindet, wird die Transformation hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft gelingen können.

Literatur

- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Konferenz Green Economy – ein neues Wirtschaftswunder?, 4. – 5. September 2012, Berlin. Berlin, 2012.

- Omann, Ines/Bohunovsky, Lisa/Hinterberger, Friedrich et al.: Durch Wachstum und Konsum im Wandel zu mehr Lebensqualität. Wien, 2012.

- Petersen, Thieß: Nachhaltiges Wirtschaften – ganzheitliche Strategien und Prinzipien, Zukunft Soziale Marktwirtschaft, Policy Brief # 2012/03. Gütersloh, 2012.

- United Nations: Report of the United Nations Conference on Sustainable Development, Rio de Janeiro, Brazil, 20 – 22 June 2012. New York, 2012.

Policy Brief 2012/07: Nachhaltigkeit und Solidarität - Grundgedanken einer neuen Finanzverfassung

Eine föderale Finanzverfassung mit bundesstaatlichem Finanzausgleich bleibt unverzichtbar. Nur so lassen sich die in der Bundesrepublik großen regionalen ökonomischen Unterschiede ausgleichen und öffentliche Aufgaben flächendeckend finanzieren. Die anstehende Neugestaltung der Finanzverfassung ab 2020 bietet die Chance, strukturelle Mängel zu beheben. Ziel ist es, die öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen nachhaltig zu konsolidieren und einen modernen Sozialstaat zu sichern.

Policy Brief 2013/01: Wirtschaftliche Vorteile der Euro-Mitgliedsschaft für Deutschland

Deutschland profitiert erheblich vom Euro. Die Mitgliedschaft in der Währungsunion reduziert die Kosten des internationalen Handels und schützt vor starken Wechselkursschwankungen. Selbst wenn Deutschland einen Großteil seiner Forderungen abschreiben müsste, die es aufgrund der Euro-Rettungsmaßnahmen gegenüber den stark verschuldeten Staaten hat, überwiegen die Vorteile aus der Währungsunion nach wie vor. Eine Rückkehr zur D-Mark wäre daher selbst bei einer rein wirtschaftlichen Betrachtung schädlich.

V.i.S.d.P

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
D-33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Dr. Thieß Petersen
Telefon: +49 5241 81-81218
thiess.petersen@bertelsmann-stiftung.de

Eric Thode
Telefon: +49 5241 81-81581
eric.thode@bertelsmann-stiftung.de

ISSN-Nummer: 2191-2459

Demnächst erscheint:

- Soziale Marktwirtschaft in Europa? - Indexergebnisse
- Bessere Beschäftigungschancen für ältere Arbeitskräfte